

Ordnung zur Evaluation und Qualitätssicherung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

vom 21. November 2012

Aufgrund von § 3a Absatz 6 und § 81 Absatz 1 des Landeshochschulgesetzes (LHG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Januar 2011 (GVOBl. M-V S. 18), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. Juni 2012 (GVOBl. M-V S. 208, 211), erlässt die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald die nachstehenden Regelungen als Satzung:

Inhaltsübersicht

- § 1 Anwendungsbereich und Definitionen
- § 2 Zwecke der Evaluation
- § 3 Allgemeine Grundsätze
- § 4 Zuständigkeit
- § 5 Evaluationen durch externe Sachverständige
- § 6 Durchführung
- § 7 Evaluation der Lehre
- § 8 Evaluation der Forschung
- § 9 Datenschutz
- § 10 Folgen der Evaluation
- § 11 Inkrafttreten/Außerkräfttreten

§ 1*

Anwendungsbereich und Definitionen

(1) Diese Ordnung regelt die Evaluation der Leistungen der Universität und ihrer Teilkörperschaften und Einrichtungen einschließlich der Universitätsmedizin im Rahmen ihres Systems zur Sicherung der Qualität ihrer Aufgabenerfüllung. Auf Bewertungen von Lehrveranstaltungen und Studienbedingungen durch Studierende auf Veranlassung der Studierendenschaft oder der Lehrenden findet nur § 7 Anwendung.

(2) Themen (evaluierte Aktivitäten und Angebote) können sein:

1. Forschung, Transfer und künstlerische Entwicklungsarbeit,
2. Studienangebote, insbesondere bestimmte Lehrveranstaltungen, Module und Studiengänge mit ihren jeweiligen Studienbedingungen,
3. Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses und Erfüllung des Gleichstellungsauftrags

jeweils unter Berücksichtigung der entsprechenden Dienstleistungen von Verwaltung und Zentralen Einrichtungen.

*Soweit für Funktionsbezeichnungen ausschließlich die männliche oder die weibliche Form verwendet wird, gilt diese jeweils auch für das andere Geschlecht.

- (3) Evaluierte Personen oder Einrichtungen können sein:
1. einzelne oder mehrere Mitglieder oder Angehörige der Universität, die zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gemäß § 55 Absatz 1 und 2 LHG gehören,
 2. die Universität als Ganze, die Fakultäten einschließlich der Universitätsmedizin als Teilkörperschaften,
 3. Einrichtungen der Universität, insbesondere Zentrale Verwaltung, Universitätsbibliothek und Universitätsrechenzentrum,
 4. wissenschaftliche und andere Einrichtungen der Fakultäten einschließlich der Universitätsmedizin, insbesondere Institute und Lehrseinheiten sowie einzelne oder mehrere sinnvoll abgrenzbare Arbeitseinheiten wie Lehrstühle, Abteilungen, Fachrichtungen, Forschungsverbünde. Dezernate und Referate.
- (4) Evaluierende Personen oder Einrichtungen können sein:
1. sachverständige Personen oder fachlich ausgewiesene Einrichtungen der Universität (interne Evaluation)
 2. sachverständige Personen oder fachlich ausgewiesene Einrichtungen (z.B. Evaluationsagenturen) von außerhalb der Universität (externe Evaluation)
 3. gegenwärtige und ehemalige Studierende der Universität sowie andere Angehörige von Zielgruppen der Aktivitäten und Dienstleistungen der Universität und ihrer Einrichtungen.
- (5) Informationsgrundlagen einer Evaluation können sein:
1. Kennzahlen wie sie von der Verwaltung regelmäßig für Zwecke des internen Controlling, der amtlichen Statistik, der Kosten- und Leistungsvergleiche oder der Berichtserstattung an Landesregierung und Landtag erhoben werden,
 2. von den evaluierten Personen oder Einrichtungen gelieferte Angaben über Art und Ausmaß ihrer Aufgaben und Leistungen (Selbstdarstellung),
 3. von den evaluierenden Personen abgegebenen Einschätzungen in standardisierten Fragebögen oder unstandardisierten Gesprächen oder Interviews.
- (6) Bei Evaluationen, die gemeinsam mit anderen Hochschulen, zum Beispiel im Rahmen des Verbundes Norddeutscher Universitäten (Nordverbund), stattfinden, kann von dieser Ordnung abgewichen werden, soweit es die Einheitlichkeit des Verfahrens gebietet. Entsprechendes gilt für Evaluationen im Zusammenhang mit Akkreditierungsverfahren.

§ 2 Zwecke der Evaluation

Die Zwecke einer Evaluation können sein:

1. die Qualität der universitären Arbeit zu ermitteln, zu sichern und zu verbessern,
2. Entscheidungshilfen für mittel- und langfristige Planungen zu erarbeiten,
3. Grundlagen für die Entscheidung über die Mittelverteilung innerhalb der Universität zu gewinnen (§ 16 Absatz 3 LHG),
4. Grundlagen für die Entscheidung über die Gewährung von besonderen Leistungszulagen an Professoren im Rahmen der W-Besoldung zu gewinnen,
5. zur Information der Öffentlichkeit beizutragen.

§ 3 Allgemeine Grundsätze

- (1) Häufigkeit und Ausmaß von Evaluationen sind so zu bestimmen, dass die Zwecke gemäß § 2 erreicht werden, ohne dass die Erfüllung der übrigen Aufgaben der Universität durch ihre Mitglieder unverhältnismäßig beeinträchtigt wird.
- (2) Je nach Thema der Evaluation können Voraussetzungen, Strukturen, Prozesse, Ergebnisse und Leistungen beurteilt werden.
- (3) Bei der Durchführung von Evaluationen sind so weit wie möglich wissenschaftliche Erhebungs- und Analysemethoden anzuwenden und die einschlägigen Kriterien der entsprechenden Fachgesellschaften, insbesondere der Deutschen Gesellschaft für Evaluation, angemessen zu berücksichtigen.
- (4) Ein Evaluationsverfahren ist möglichst transparent und in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten durchzuführen. Alle Beteiligten werden rechtzeitig über Arbeitsschritte und Ergebnisse informiert. Insbesondere werden sie, die Studierenden in der Regel vertreten durch die jeweilige Fachschaft, zuvor über den Auftrag, die Kriterien bei der Durchführung, die Dauer der Durchführung, die Art und den Umfang der zu erhebenden Daten sowie über das Verfahren ihrer Erhebung informiert; sie haben das Recht zur Stellungnahme vor Beginn der Evaluation.
- (5) Soweit ehemalige Studierende der Universität beteiligt werden sollen, sind nur diejenigen zu beteiligen, von denen eine entsprechende Einwilligungserklärung vorliegt.

§ 4 Zuständigkeit

- (1) Die Entscheidung über die Durchführung einer Evaluation trifft das Rektorat nach Anhörung der betroffenen Personen oder Einrichtungen (§ 1 Absatz 3). Der Senat ist gemäß § 81 Absatz 2 Satz 3 LHG zu unterrichten.
- (2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, trifft die im Verlauf eines bestimmten Evaluationsverfahrens notwendigen Entscheidungen das Rektorat oder eine von ihm beauftragte Stelle. Eine Delegation an die Leitungen derjenigen Fakultäten, denen die zu evaluierenden Personen und Einrichtungen zugeordnet sind, ist zulässig; findet keine Delegation statt, wird die betreffende Fakultätsleitung an allen dieses Verfahren betreffenden Entscheidungen beteiligt.

§ 5 Evaluationen durch externe Sachverständige

- (1) Eine Evaluation durch Sachverständige basiert auf einer am Auftrag und den dort definierten Kriterien orientierten Selbstdarstellung der evaluierten Personen oder Institutionen.

(2) Auf der Grundlage der Selbstdarstellung findet eine externe Begutachtung durch einen oder mehrere Sachverständige statt, die auf Vorschlag oder nach Anhörung der zu evaluierenden Einheit oder Person bestellt werden.

(3) Evaluierte Personen und Einrichtungen haben das Recht, zum Entwurf eines entsprechenden Gutachtens umfassend Stellung zu nehmen. Dies gilt auch für die Studierenden und Mitarbeiter der evaluierten Einrichtung.

(4) Den Sachverständigen und den evaluierten Personen oder Einrichtungen ist Gelegenheit zu geben, eventuelle Widersprüche zwischen Selbstdarstellung, Begutachtung und Stellungnahme auszuräumen.

(5) Selbstdarstellungen, Begutachtungen und Stellungnahmen können in ihrer endgültigen Fassung in einem Abschlussbericht zusammengefasst werden. Dieser wird an die je nach Thema und Zweck der Evaluation zuständigen Stellen der Universität übermittelt und wird auf Beschluss des Rektorats – unter Beachtung von § 9 Absatz 6 – ganz oder teilweise Dritten oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

§ 6 Durchführung

(1) Unter Beachtung der Transparenz- und Beteiligungsgrundsätze gemäß § 3 werden für jede Evaluation durch die gemäß § 4 zuständige Stelle Themen, Evaluierte, Evaluierende und Informationsgrundlagen bestimmt. Dabei ist grundsätzlich für Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der zugrunde zu legenden Kriterien sowie der Art und des Umfangs der zu erhebenden Daten einschließlich des Verfahrens ihrer Erhebung zu sorgen. Die Dauer einer Evaluation soll ein Jahr nicht überschreiten.

(2) Hat die Universität ein akkreditiertes System der Qualitätssicherung etabliert, richtet sich die Häufigkeit von Evaluationen nach den darin spezifizierten Grundsätzen. Ansonsten sind Evaluationen durch Sachverständige zu den in § 1 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 genannten Themen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der entsprechenden Dienstleistungen von Verwaltung und Zentralen Einrichtungen, gemäß § 3a LHG alle sieben Jahre durchzuführen.

§ 7 Evaluation der Lehre

(1) Evaluationen von einzelnen Lehrveranstaltungen und Studienbedingungen einschließlich der damit verbundenen Dienstleistungen durch gegenwärtige und ehemalige Studierende erfolgen in der Regel durch statistische Auswertung von standardisierten Fragebögen.

(2) Evaluationen nach Absatz 1 finden höchstens einmal im Semester statt. Sie sind so zu gestalten, dass pro Lehrperson höchstens eine Veranstaltung einbezogen wird und die Zeit für die Beantwortung von Fragebögen 30 Minuten nicht überschreitet.

Personenbezogene Informationen dürfen nur nach Maßgabe von § 9 Abs. 4 erhoben werden.

(3) Bei Evaluationen durch Sachverständige gemäß § 5 sollen in Bezug auf die Lehre insbesondere die in § 3 Absatz 1 Nr. 2 der Leistungsbezügesatzung vom 26. Februar 2010 (hochschulöffentlich bekannt gemacht am 31. März 2010) genannten Kriterien berücksichtigt werden. Studentische Evaluationen von Lehrveranstaltungen und Studienbedingungen gemäß Absatz 1 sind stets mit einzubeziehen.

§ 8 Evaluation der Forschung

Bei Evaluationen durch Sachverständige gemäß § 5 sollen in Bezug auf die Forschung insbesondere die in § 3 Absatz 1 Nr. 1 Leistungsbezügesatzung genannten Kriterien berücksichtigt werden. Anzahl und Qualität von Veröffentlichungen und eingeworbenen Forschungsprojekten sind stets mit einzubeziehen. Die im jeweiligen Fach akzeptierten Kriterien sind bei Auswahl und Gewichtung der Kriterien zu berücksichtigen.

§ 9 Datenschutz

(1) Unbeschadet spezieller Vorschriften in dieser Satzung und gesetzlicher Vorgaben ist bei allen Erhebungen den Belangen des Datenschutzes angemessen Rechnung zu tragen.

(2) Im Rahmen einer Evaluation dürfen nur solche Daten erhoben und verwendet werden, die für das konkrete Verfahren unmittelbar benötigt werden.

(3) Zur Evaluation der Lehre dürfen an der Universität vorhandene anonymisierte studienbezogene Daten verwendet werden.

(4) Im Rahmen einer Evaluation dürfen mit Zustimmung des Rektorats personenbezogene Daten erhoben bzw. verwendet werden, soweit dies zur Erreichung der Zwecke gemäß § 2 erforderlich ist. Dazu gehören insbesondere Angaben über Anzahl und Art von Lehrveranstaltungen, Prüfungen, Prüfungsergebnissen, Beratungen, Betreuungen, Gutachten, verausgabten Haushalts- und Drittmitteln, Publikationen, Vorträgen, Promotionen, Habilitationen, Kooperationen und Patenten. Zur Evaluation von Lehrveranstaltungen und Studienbedingungen können mit Zustimmung des Rektorats studentische Einschätzungen von Lehrveranstaltungen und Lehrenden erfragt werden, insbesondere hinsichtlich

- Rahmenbedingungen (z. B. Thema, Überschneidungen, Anforderungen, Arbeitsbelastungen, Teilnehmerzahl, Ausstattung, Räumlichkeiten, Prüfungsanforderungen),
- Lehrerfolg (z. B. Wissenszuwachs, Kompetenzerwerb, Anregungen, Interessen, Veränderung von Einstellung bei den Studierenden)

- Lehrverhalten (z. B. Vorbereitung, Strukturierung, Klarheit, Breite, Bezüge, Verarbeitungstiefe, Fachkompetenz, Materialien, Präsentation, Rhetorik, Engagement, Motivierung, Klima, Interaktion, Betreuung, Rückmeldung).
- Studierendenzufriedenheit (insgesamt sowie in Bezug auf einzelne Aspekte von Studium und Lehre)

Ferner können in diesem Rahmen von Studierenden Angaben Geburtsjahr und Geschlecht, Abitur- und Abschlussnoten, Studiengängen und Fachsemestern erhoben werden. Für ehemalige Studierende gelten die Vorschriften dieses Absatzes entsprechend. Die Zustimmung des Rektorats nach Satz 1 und Satz 3 ist nicht erforderlich für Evaluationen, die von der Studierendenschaft oder einzelnen Fachschaften durchgeführt werden.

(5) Personenbezogene Daten sind zu anonymisieren und zu löschen, soweit und sobald dies jeweils im Hinblick auf den Zweck der Evaluation möglich ist. Eine Verarbeitung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken als denjenigen des konkreten Evaluationsverfahrens ist nur zulässig, soweit es durch besondere Rechtsvorschrift gestattet ist oder der/die Betroffene schriftlich einwilligt.

(6) Eine Veröffentlichung personenbezogener Daten ist unzulässig. Daten über Personen im Sinne von § 1 Absatz 3 Nummer 1 können mit – jederzeit widerruflicher – schriftlicher Einwilligung der jeweils Betroffenen hochschulöffentlich publiziert werden. Diese Einwilligung ist nur wirksam, wenn sie freiwillig und bezogen auf ein konkretes Evaluationsvorhaben gegeben wird und der Betreffende gemäß § 8 des Landesdatenschutzgesetzes vom 18. April 2002 (GVOBl. M-V S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 277, 278) über die Freiwilligkeit der Einwilligung und deren Widerrufbarkeit belehrt wurde. In jedem Fall dürfen nur solche personenbezogene Daten veröffentlicht werden, bei denen die Publikation erforderlich ist.

§ 10 Folgen der Evaluation

(1) Die nach Themen und Zwecken der jeweiligen Evaluation zuständigen Stellen der Universität beraten, ob und inwieweit Ergebnisse einer Evaluation bestimmte Maßnahmen erfordern. Spätestens ein Jahr nach Übermittlung gemäß § 5 Absatz 5 berichten sie dem Rektorat. Der Senat ist gemäß § 81 Absatz 2 Satz 3 LHG durch das Rektorat zu unterrichten.

(2) Soweit in Gremien personenbezogene Daten behandelt werden, geschieht dies in nichtöffentlicher Sitzung. Auf die datenschutzrechtlichen Verpflichtungen ist besonders hinzuweisen.

§ 11 Inkrafttreten/Außerkräftreten

(1) Diese Evaluationsordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieser Ordnung tritt die bisherige Evaluationsordnung vom 14. April 2005 außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald vom 19. September 2012 und nach Anhörung des Landesdatenschutzbeauftragten.

Greifswald, den 21. November 2012

**Der Rektor
der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Universitätsprofessor Dr. rer. nat. Rainer Westermann**

Veröffentlichungsvermerk: Hochschulöffentlich bekannt gemacht am 23.11.2012